

## **Zur Perspektiventwicklung der ostdeutschen Bundesländer bis 2025**

### **- Kommentar -**

Vorbemerkung: In letzter Zeit hat die offizielle Wirtschaftsforschung wiederholt zur weiteren Perspektive der ostdeutschen Wirtschaftsentwicklung kritische und einschränkende Aussichten geäußert. Die aktuellen Darstellungen sind hier noch nicht kommentiert worden, so dass sich eine Bewertung erforderlich macht.

#### 1. Zur Begründung für eine Einschränkung der Konvergenz-Perspektive Ost

Der hier zitierte Forschungsbericht, der fast ein Jahr lang öffentlich verschwiegen wurde, hatte für die weitere Konvergenz der Regionen Ost- und Westdeutschlands das halboffizielle „Aus“ prognostiziert, indem er dazu formulierte: „Eine vollständige Konvergenz beider Landesteile ist auch zukünftig nicht zu erreichen und auch nicht zu erwarten.“ (Forschungsbericht 2011, S. 59)

Um dieses Urteil abzumildern, ist gewiss die unter Punkt 2 gezeigte Berufung auf die „Rückständigkeit der DDR-Wirtschaft“ ideologisch verständlich, wenn auch rückblickend *historisch falsch*.

Woraus leitet sich die jetzt aufgezeigte Perspektive konkret ab? Der beispiellos tiefgreifenden *De-Industrialisierung im Osten* in der Treuhand-Ära ist ja inzwischen eine Art Kompensation der anfänglichen Rückschläge in der „volkswirtschaftlichen Leistung“ gefolgt; allerdings nicht in strukturell-industriezweigmäßiger Hinsicht und nicht in der Größe der Unternehmen und ihrer Konzernzentralen sowie weiterer produktivitätsbestimmender Faktoren.

Der Forschungsbericht gibt als Begründung der *nicht mehr erreichbaren* Angleichung des Ost- an das Westniveau der volkswirtschaftlichen Leistung an:

"Schon wegen der besonderen Siedlungsstruktur in den Neuen Ländern ist eine vollständige Konvergenz an westdeutsche Durchschnittswerte nur schwer zu erreichen, denn in Ostdeutschland haben die ländlich geprägten Regionen ein deutlich höheres Gewicht als in Westdeutschland. Selbst bei vollständiger Angleichung des BIP je Erwerbstätigen in den einzelnen ostdeutschen siedlungsstrukturellen Kreistypen an die entsprechenden westdeutschen Werte würde **deshalb nur ein durchschnittliches Angleichungsniveau von rund 94% erreicht werden können.**"(Siehe: zitierter IWH-Forschungsbericht 2011, S. 57)

Inzwischen hat das IWH eine neue PROGNOSE vorgelegt, die folgende Entwicklungen im Vergleich der ostdeutschen zu allen (gesamt-)deutschen Bundesländern für 2025 zeigt:

Tabelle 1:

Bundesland	Niveau im Jahre 2025 Arbeitsproduktivität je Stunde (ges. Bundesländer = 100)	Niveau im Jahre 2025 reales BIP je Einwohner (ges. Bundesländer = 100)
Brandenburg	83,0	67,0
Mecklenburg- Vorpommern	82,1	68,9
Sachsen	83,2	74,8
Sachsen-Anhalt	83,8	68,7
Thüringen	82,2	71,3

(Quelle: IWH, „Wirtschaft im Wandel“, Heft 4/2012, S, 132ff.)

Die Tabelle zeigt konkret, welchen Grad der wirtschaftlichen Konvergenz die ostdeutschen Bundesländer *im Rahmen der gesamten Bundesrepublik* im Jahre 2025 lt. neuester Prognose erreichen können. Zu beachten ist, dass der gezeigte Vergleich nicht zu westdeutschen Bundesländern, sondern zu allen Bundesländern erfolgt; indessen liegt auf der Hand, dass dieser Vergleich noch weitaus ungünstiger ausfallen würde, wenn er nur auf den *höheren* westdeutschen Durchschnitt bezogen wäre.

Das differenzierte Länderergebnis der künftigen Entwicklung ist in der obigen IWH-Tabelle unter Berücksichtigung von demographischen und produktivitätsbedingten Faktoren prognostiziert worden. Schon 2009 war *Joachim Ragnitz* (ifo-Dresden) zu dem Ergebnis gekommen, „dass das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner auch im Jahre 2020 nur bei gut 70 Prozent des westdeutschen Durchschnittsniveaus liegen wird.“ (Ragnitz, in: DIW-Vierteljahreshefte, 2/2009, S. 118) Und er fährt fort: „Zur Steigerung der Produktivität scheinen insbesondere forcierte Qualifizierungsanstrengungen auf allen Stufen des Bildungssystems (Schulbildung, Ausbildung, berufliche Weiterbildung) erforderlich.“ (Ragnitz, a.a.O., S. 121)

Aus der Sicht der „alternativen Wirtschaftspolitik“ ist dieses Ergebnis der Korrektur früherer Aussagen von „blühenden Landschaften im Osten“ keine Überraschung, da diese nüchterne Sichtweise auf die ostdeutsche Entwicklung bereits seit längerem angezeigt war:

*Ostdeutschland bleibt trotz wirtschaftlicher Fortschritte in den letzten 20 Jahren eine wirtschaftlich „zurückbleibende Großregion“ in Deutschland mit insgesamt tendenziell relativer, aber auch teilweise sogar absolut verarmender Wohnbevölkerung.*

## 2. Wider unkorrekte Zitierweisen – im Interesse der historischen Wahrheit

Außerdem gehen wir „historischen Unwahrheiten“ nach, die in der leider *erst jetzt zugänglichen* offiziellen Studie von 6 Forschungsinstituten „Wirtschaftlicher Stand und Perspektiven für Ostdeutschland“ (vom 23.05. 2011) ihren provokanten Niederschlag gefunden haben. Dort heißt es unter „Ausgangslage der DDR“: „Die Wirtschaftsleistung pro Kopf betrug 1989 etwa ein Drittel des Standes in der alten Bundesrepublik (Heske 2009).“ (Forschungsstudie, S. 11)

Hier wird *Gerhard Heske* unkorrekt zitiert, denn in der angegebenen Quelle (und auch sonst) sagt Heske direkt etwas ganz anderes aus. „... das Niveau der DDR beim BIP je Einwohner lag bei 56 Prozent und je Erwerbstätigen bei 45 Prozent des westdeutschen Niveaus.“ (Heske 2009, S. 67)

Dies zeigt nicht etwa nur einen Flüchtigkeitsfehler in der zitierten Studie der Wirtschaftsforschung, sondern es deutet sich darüber hinaus eine generelle Fehlinterpretation an. Dies kommt schon im ersten Satz dieser Studie zum Vorschein: „Am Vorabend der deutschen Vereinigung stand die Wirtschaft der DDR kurz vor dem Zusammenbruch.“ (S. 11)

Diese globale *Grundaussage* wird jedoch in der Studie danach nicht umfassend durch konkrete Fakten belegt, sondern sie wird *á priori* unterstellt, und sie stützt zumindest teilweise eine ideologische Verneblung der historischen Sachlage.

Im Unterschied dazu hatte das *DIW Berlin* bereits 2009 ausdrücklich eingeräumt: „Tatsächlich war die DDR 1989 nicht bankrott. Dafür spricht auch, dass sie auf den internationalen Finanzmärkten höhere Kredite als je zuvor aufnehmen konnte.“ (DIW, 2009 S. 20)

Wenig Beweiskraft hat auch die folgende Passage aus dem zitierten Forschungsbericht: „Die aufgestauten Ineffizienzen des planwirtschaftlichen Lenkungsmechanismus und die Fehllokation von Ressourcen verschafften sich schließlich in der friedlichen Revolution Luft.“ (S. 11)

Hierüber haben die Teilnehmer dieser „friedlichen Revolution“ schon ihr vorweggenommenes Urteil gesprochen, als sie die damaligen *Demonstrationen um „mehr Demokratie“ in der DDR-Politik und um größere Reisefreiheit* ganz gezielt in den Vordergrund ihres Begehrens stellten; vom „planwirtschaftlichen Lenkungsmechanismus“ war damals überhaupt keine Rede.

Der im Forschungsbericht zitierte *Gerhard Heske* hatte übrigens auch sehr differenziert die DDR-Produktivität für deren gesamte Existenzzeitspanne ermittelt, als er die summarischen Ergebnisse für das „BIP je Erwerbstätigen“ bestimmte. Danach war die „Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen vom Jahre 1950 (im Vergleich zur BRD) bis zum Jahre 1989“ wie folgt gestiegen:

Tabelle 2:

Wirtschaftszweige der DDR

Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen (BRD=100)

	DDR % für 1950	DDR % für 1989
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	77,5 %	33,7 %
Produzierendes Gewerbe, ohne Bau	30%	44%
Baugewerbe	31%	88%
Handel, Gastgewerbe	28%	48%
Verkehr und Nachrichten- Übermittlung	53%	55%
Öffentliche u. private Dienst- leistungen, Finanzierung	53%	48%
<b>DDR insgesamt in BIP-Leistung je Erwerbstätigen</b>	<b>38%</b>	<b>45%</b>

(Umgerechnet für DDR %-Angaben; Heske, 2009 S.67, 69, 74)

Danach hatte es in der DDR hauptsächlich in den Zweigen des Produzierenden Gewerbes und Baugewerbes die größten Produktivitätsfortschritte *im Vergleich zur BRD* gegeben. Heske fasste zusammen: „Trotz der insgesamt ungünstigen Ausgangsbedingungen und weiterer negativer Faktoren in den Folgejahren konnte die DDR bis 1989 jedoch eine bedeutende Verringerung des Leistungsrückstandes gegenüber der BRD erreichen, was eine erheblich wirtschaftliche Leistung darstellte.“ (Heske 2009, S. 71)

Heske lieferte auch ein schlagendes Argument gegen jene Ökonomen, die – wie auch André Steiner <sup>1</sup> – die Rolle der wirtschaftlichen Hemmfaktoren in der Ex-DDR einseitig auf das „planwirtschaftliche System“ fokussierten:

„Selbst wenn man davon ausgehen würde, dass die DDR über ein optimales Wirtschaftssystem verfügt hätte ... so wäre das Erreichen eines wirtschaftlichen Gleichstandes mit der BRD nur unter der Bedingung der ökonomischen Stagnation der westdeutschen Wirtschaft bzw. einer erheblichen Beschleunigung des Wachstums in der DDR möglich gewesen.“ (S. 70)

Und er prognostiziert diesbezüglich: „...dass für die DDR eine 2/3 größere (6,2 statt tatsächlich 3,9 Prozent) durchschnittliche jährliche Wachstumsrate des BIP je Erwerbstätigen notwendig gewesen wäre, um den Anfangsrückstand aus dem Jahr 1950 gegenüber der BRD auszugleichen.“ (Heske, 2009, S. 70)

Kommen wir nun im zitierten Forschungsbericht zu einer weiteren Vernebelung des Sachverhalts der DDR-Wirtschaft durch ein Pauschalurteil, das in den Worten

<sup>1</sup> Steiner, A. : Von Plan zu Plan, München 2004, S. 7

zu finden ist: Die DDR war „im Durchschnitt total veraltet, technologisch rückständig und wenig leistungsfähig (Kusch et al. 1991).“ (Studie, 2011, S. 11)

Hierzu kann man in der zitierten Quelle *Kusch et al. 1991*<sup>2</sup> allerdings nachlesen: 27 Prozent der Anlagen waren in der DDR bis zu fünf Jahre alt (in der BRD bis zu 35 Prozent) und etwa die Hälfte der Industriearüstungen waren in der DDR bis zu zehn Jahre alt (in der BRD bis zu 65 Prozent). Diese differenzierte Original-Aussage in der Quelle *Kusch et al* hebt sich positiv von der pauschalen Beurteilung des scheinbar „objektiven“ Forschungsberichts ab. Schon der Historiker *Dieter Grosser* hatte 1998 sachlich richtig vermerkt: „Das Durchschnittsalter der Ausrüstungen in der Industrie betrug in der DDR 18 Jahre, in der Bundesrepublik 8,5 Jahre.“<sup>3</sup>

Die Erklärung für diesen Unterschied findet man in der Tatsache, dass es direkt nach dem Zweiten Weltkrieg in der SBZ/DDR eine ca. zehnjährige Periode erheblicher Investitionsrückstände („Unterproduktion“) gab, die einerseits mit dem ruinösen sowjetischen Reparationsregime und dessen nachhaltigen Folgen zusammenhing, andererseits auf die anfangs ungesicherte Materialzufuhr in die SBZ/DDR sowie auf die Wirkungen der NATO-Embargo-Liste für wichtige Westimporte der DDR zurückzuführen war.

Dies alles ist im Interesse der *historischen Wahrheit* auch dringend klarzustellen gewesen.

#### Literatur:

*DIW Berlin*, Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung, 2/2009, „Die Wirtschaft in Ostdeutschland 20 Jahre nach dem Fall der Mauer – Rückblick, Bestandsaufnahme, Perspektiven“

Hesse, Gerhard, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung DDR 1950- 1989. Daten, Methoden, Vergleiche, Köln 2009, Zentrum für Historische Sozialforschung, Supplement No. 21 (2009)

*IWH*, „Wirtschaft im Wandel“, Nr. 4/2012, S.139

IWH-Studie „Wirtschaftlicher Stand und Perspektiven für Ostdeutschland“:  
[www.bmi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Veroeffentlichungen/iwh.pdf?](http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Veroeffentlichungen/iwh.pdf?)

*Studie*, Forschungsbericht der sechs Wirtschaftsforschungsinstitute vom  
23.05.2011

---

<sup>2</sup> Kusch et al., Schlussbilanz – DDR, Dunker & Humblot, 1991, S. 56, Grafiken

<sup>3</sup> Dieter Grosser, Das Wagnis der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion, Stuttgart 1998, S. 45